

Volks-Zeitung

Die Nationalversammlung hat das letzte Wort.

Die Regierung für bedingungslose Annahme. — Die Sitzungen der Fraktionen.

Weimar, 23. Juni. (W. Z. B.) Das Kabinett hat gestern infolge der Antwort der Entente noch eine Nachprüfung abgehalten, die bis bis 3 Uhr morgens hinlang. Bei diesen Beratungen ist es zu dem Beschlusse gekommen, der Nationalversammlung in diesem schwierigen Augenblicke das letzte Wort zu lassen, aber für vorzuschlagen, den Frieden bedingungslos zu akzeptieren. Die Entscheidung ruht bei den Fraktionen, insbesondere beim Zentrum. Der heutige Vormittag war mit Sitzungen der Fraktionen angefüllt.

Heute muß angenommen werden!
Die Entente lehnt jeden Aufschub ab.

Weimar, 23. Juni.
Auf eine von der deutsche Regierung gestern Abend an die Entente gerichtete Note, in der unter Hinweis auf die Sitzung einer neuen Regierung und die Notwendigkeit, die Nationalversammlung zu befragen, um eine weitere Erklärung zu erhalten, wurde, ist folgende Antwort eingegangen:

„Der Präsident!
Die alliierten und assoziierten Regierungen haben die Ehre, den Empfang Ihrer Mitteilung vom 23. 6. zu bekräftigen. Nach einer gründlichen Prüfung Ihrer Bitte haben wir uns entschieden, die von Ihnen am 19. d. M. überreichte Erklärung zu akzeptieren, um die Nationalversammlung die Entscheidung bezüglich der vorbeschriebenen Unterzeichnung des Vertrages zu lassen.
Genehmigen Sie, Herr Präsident, usw.
Clemenceau.“

Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 22. Juni, daß Clemenceau, Wilson und Lloyd George heute abend folgende Erwiderung auf die deutsche Note, die am 7. d. M. abends eintraf, abgelehnt haben.

Die alliierten und assoziierten Mächte haben die deutsche Delegation vom gleichen Datum erwidert und haben, daß es in Anbetracht der Ränge der verbleibenden Zeit ihre Pflicht ist, sofort zu ihrer letzten in Reutersche Delegation des Beschlusses zu entscheiden. Von der Zeit innerhalb welcher die deutsche Regierung ihren endgültigen Beschluß bezüglich der Unterzeichnung des Friedens stellen muß, verbleibt weniger als 24 Stunden. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben alle Mitglieder der deutschen Regierung mit Bezug auf den Vertrag gemündeten Vorstellungen erwidert. Sie haben mit aller Offenheit darauf geantwortet und haben die Konzeptionen, die zu machen sie für richtig halten, gemacht. Die gegenwärtige Lage der deutschen Delegation bietet keine Alternativen oder Ermüdungen, die nicht schon geprüft worden sind. Die alliierten und assoziierten Mächte fühlen sich daher genötigt, zu erklären, daß die Zeit für Diskussionen vorbei ist. Sie können keine Einigung mit und ohne die Nationalversammlung annehmen oder anerkennen und müssen von den deutschen Vertretern den unabweisbaren Beschluß verlangen bezüglich ihrer Pflicht, zu unterzeichnen und den Frieden als Ganzes, wie er endgültig formuliert worden ist, anzunehmen oder nicht zu unterzeichnen. Nach der Unterzeichnung müssen die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland für die Durchföhrung jeder Bedingung des Vertrages verantwortlich machen.“

Amsterdam, 23. Juni. (W. Z. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Paris vom 22. Juni die Hebrige der deutschen Antwort mit den Vorbehalten der Nichtanerkennung von Deutschlands Verantwortlichkeit für den Krieg und der Nichtauslieferung verantwortlicher Politiker und Militärs. Das Reutersche Bureau erklärt dazu, daß die Antwort nicht bedingungslos bis Montag abend um 7 Uhr unterzeichnet sei.

Der Spiegel ist in Stand gesetzt. . .
Paris, 22. Juni. (Gazette.)

Diplomatische Lage:
Der Spiegel ist in Versailles infolge der letzten Sitzung der Entente hinreichend in Stand gesetzt, für die Bevollmächtigten der Alliierten; davon steht ein kleiner Teil, an den Clemenceau mit den Schriftstücken fertig wird. Die Rolle der deutsche Bevollmächtigte sein Segel und seine Unterfertigung noch einmal haben. Die deutsche Delegation wird wahrscheinlich noch einmal einen Protest gegen den Vertrag abgeben wollen, auf den Clemenceau voraussichtlich nicht antworten wird. Die diplomatischen Beziehungen werden nicht sofort wieder aufgenommen, sondern die Ratifizierung des Vertrages abgewartet.

Die Widersprüche.
Eine Note Clemenceaus.

Die deutsche Regierung hatte an die Entente eine Note geschickt, in der sie auf die in Versailles in den letzten Bedingungen der Entente hinwies. Darentz richtete Clemenceau eine Note an den Generalen in Paris in der er ihm namens der alliierten und assoziierten Regierungen mitteilt, daß die deutsche Delegation am 19. Juni überreichte 900 Exemplare der Friedensbedingungen als authentischer Text mit allen Korrekturen und Abänderungen,

welche namentlich in Frage verschiedener deutscher Bemerkungen vorgenommen wurden, zu betrachten seien. Ferner wurde Herr v. Daniels eine Note der alliierten und assoziierten Mächte zugesandt, in der sie im einzelnen auf die in der deutschen Note vom 19. d. M. erwähnten Widersprüche zwischen dem Memorandum und dem deutschen Delegation überreichte fertiger Entwurf der Friedensbedingungen eingehen und sich bereit erklären, gemäß dem deutschen Vorschlag einen Friedensvertrag im Protokoll, in dem nicht eingetragene noch unklare Punkte festgelegt werden sollen, dem Friedensvertrag anzuschließen.

Nach längerer Beratung beschloß der Biererrat, sechs Punkte der Clemenceauschen Note als Teil des Friedensvertrages in das Protokoll aufzunehmen. Es wird mitgeteilt, daß der Rest der Note als ein Anhang für die Art betrachtet werden solle, wie der Vertrag ausgelegt werden wird.

Das neue italienische Kabinett.

Rom, 23. Juni. (Agenzia Stefani.)
Das neue Kabinett setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Inneres: Ritti, Auswärtiges: Salotti, Kolonien: Luigi Rossi, Justiz: Noto, Finanzen: Leones, Seehandel: Schaper, Marine: Konteradmiral Scodi, öffentliche Unterrichts: Bassoli, öffentliche Arbeiten: Biunno, Transport: Dazio, Industrie, Handel, Arbeit und Verpflegung: Dante Ferraris, Post und Telegraphen: Schiventi, Militär und Pension: Depono, befreite Gebiete: Gelato Rava. Die Minister werden heute Montag vereidigt.

Die größte Heberatsung bei der Neubildung des italienischen Kabinetts ist das Ausscheiden von Sonnino als Minister des Auswärtigen. An seine Stelle tritt Salotti, der allerdings einer der Hauptstützen seiner Regierung ist. Die Qualitäten der Entente zuzuführen. Ministerpräsident Ritti ist Hauptvertrauensmann des nun wieder fastlichen in den Vordergrund tretenden Gollini und schließlich als deutschfeindlich anzusehen.

Kein Protektorstreit der Internationale.

Nur Kundgebungen gegen die Vergewaltigung Rußlands und Ungarns.

Wien, 22. Juni.
Die Meldung, daß die belgischen und schweizerischen Sozialisten einem Protektorstreit gegen den Verfall der Ardenen zugestimmt hätten, ist unrichtig. Da sie von internationalen sozialistischen Parteien nur zu einem Protektorstreit gegen die Vergewaltigung der ungarischen und der russischen Republik aufgefordert worden und nur diesem Vorhaben beigetreten sind. Die vorher Verhandlungen zwischen italienischen und französischen Sozialisten haben ergeben, daß französische und das italienische Protektorstreit für einen 24 bis 26 stündigen Protektorstreit gegen die Vergewaltigung der ungarischen und der russischen Republik genommen werden ist. Die große Mehrheit der in Paris anwesenden italienischen und französischen Delegierten einen Protektorstreit gegen den Vertrag von Versailles abgelehnt hat.

Die Tat von Scapa Flow.

Konteradmiral v. Reuter verantwortlich?

Amsterdam, 22. Juni.
Das Reutersche Bureau meldet aus London: Es verlautet, daß der Konteradmiral v. Reuter die volle Verantwortung für die Verfestung der deutschen Schlachtschiffe übernimmt, und zwar auf Grund des vom früheren deutschen Kaiser im Jahre 1914 gegebenen Befehls, daß die Schiffe niemals in Feindeshand fallen dürfen.

Die Unruhen in Kassel.

Kassel, 22. Juni. (W. Z. B.)
Die Sicherheitsorgane beklagen die Lage. Während des Sonntag ereigneten sich keine Zwischenfälle, jedoch wird Bewegung wichtiger Spezialitäten gemeldet. Alle Maßnahmen zur Abwehr sind getroffen.

Die Arbeiterräte in Belgien hatten folgendes Ergebnis: Zeitliche Parteifunktionäre 48 Vertreter, vereinigte Liste der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei 19, Reichssozialdemokraten 41, Unabhängige 190, Verband der Verfassungsbekämpfer und Bauernvereinigungen 1, Vertreter. Die Kommunisten hatten sich an der Wahl nicht beteiligt.

Deutscher Sozialistengesetz. Bei der Beratung des Punktes Reichsheim wurde der Hauptreferent Kallits (S. Z. B.) ausbisher hätten beide sozialdemokratische Parteien nur die Waffen wegnehmen und nicht gefolgt, eine hätte die andere an Forderungen überboten. Jetzt ist die Aufgabe die Produktion unter voller Verantwortlichkeit der Arbeiter durch Bildung von Syndikaten mit gemeinsinnlichem Charakter zu leisten. Wenn nur dadurch konnte der Arbeiter zu größerer Weisheit gelangen. Neben tritt ein für das Zweikammersystem, bei dem den ausgenommenen Wahlen hervorgegangenen Vertretungsorganen eine Kammer der Arbeiter zur Seite gestellt werden. Er verwirft die Initiative und verlangt Durchführung des Reichsheimens. Unter allgemeiner Umkehr sprach dann Döbbede (S. Z. B.), der die Beschaffenheit den Arbeitern auf die sozialdemokratische Partei lobte. Jetzt herrsche eine Diskussion über die Parteiprogramme. Die beiden Linien, daß der Sozialismus unabweisbar, nachdem noch die U. S. Z. erklärt hatte, daß Döbbede weder im Namen noch im Sinne der Partei gesprochen hätte, trat Schluß der Sitzung ein.

Die Generale und der Friedensschluß.

Der Rücktritt des Kriegsministers Reinhardt.

Die Politik hat für die Generale in der Republik Privatfache zu sein. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es verständlich, warum die offiziiellen Nachrichtenbüros und Aufhebungs machen von allerlei Erfahrungen und Demütigungen von Truppenführern zu der inoffiziiellen von der Nationalversammlung entschiedenen Frage der Friedensannahme oder Ablehnung. Gekoren hatten mehrere Blätter eine Meinung der Telegraphen-Union wiederzugeben, wonach sich in Weimar die Meinung der dort anwesenden Truppenführer für die Unterzeichnung des Friedens ausgesprochen haben sollte. Das Wolffsche Bureau verbreitet jetzt amtlich, daß diese Nachricht „unrichtig“ sei. Gleichzeitig wird noch nachdrückliche Meldung ausgegeben.

Am verhältnismäßig Aufstellungen einer heutigen Pressekonferenz vorabzugeben, legt General v. Kallits sich aber auf die Festhaltung, daß er der Auffassung ist, der von der Entente vorgeschlagene Friedensvertrag nicht angenommen werden. General v. Kallits hat in Weimar in Rede genommen mit den anderen Generalen keine Anstöße dahin zu äußern gegeben, daß die Aufstellung der entsprechenden Paragrafen die conditio sine qua non für die Unterzeichnung des Friedens sei, selbst wenn alle anderen Umstände Volk und Regierung gegen ihre Heberzeugung zur Unterzeichnung zwingen würde.

Die Begriffe der Volksehre sind verschieden. Wir sehen über alle die Verantwortung für die Lebenden und die Zukunft und meinen, daß die Verantwortlichkeit heute unangebracht dem ist über die örtliche Heberzeugung eines jeden Mannes soll geschiedt werden. Auch die der Militärs. Wir sehen eine Gefahr für die Ruhe und Ordnung nur darin, wenn aus dem privaten Meinungen der Generale öffentliche Angelegenheiten gemacht werden, die nicht ohne Einfluß auf die Truppen der Republik sein können. Wenn so neben dem General Kallits auch der Konteradmiral v. Trotha, Chef der Admiralität, sich gegen eine Unterzeichnung des Friedens ausspricht, dann ist das für die Öffentlichkeit und Politik eine höchst nachteilige Angelegenheit, die gar nichts zu sagen hat, da das Militär ein untergeordnetes Organ der Regierung ist oder wenigstens, sein soll. Wer da meint, daß mit seinem Gewissen unvereinbar sei, einer Unterzeichnungs-Regierung weiterhin seine Unterstützung zu leisten, der soll gehen, und zwar lieber heute als morgen. Ein solches Verhalten wäre mangelhaft, und es fände sich kein erstlicher Gegner, der davon nicht Weisheit hätte.

Kriegsminister Reinhardt, der auch gegen die Annahme des Friedens ist, hat so gehandelt, wie er als Mann handeln mußte: er ist stehen zurückgetreten. Er hat keine Anstöße dem Reichspräsidenten offen und klar ausgesprochen und dieser hat sich den vorgetragenen sachlichen Gründen nicht verweigern können und den erbetenen Rücksicht genehmigt. Wir wollen hoffen, daß das Beispiel des Ministers Reinhardt von allen denen nachgeahmt wird, die nicht aufgeben werden, den Telegraphenapparat mit Beteuerungen zu überfallen, daß sie mit der Entscheidung der Reichsleitung nicht einverstanden sein können.

Die Osttruppen für Wassergewalt?

Tamsh, 22. Juni. (W. Z. B.)

Der kommandierende General des 17. Armeekorps, General der Infanterie v. Below richtete an den Präsidenten des deutschen Reiches folgendes Telegramm:
„Von den mir unterstellten Grenzschutztruppen und Einwohnerwehren gehen mir fortgesetzt in großer Zahl Kundgebungen zu, in denen gegen jede Abtretung deutschen Bodens hier im Osten ausdrücklich protestiert und zum Brand gebracht wird, daß die Truppe verlangt, den Heimatboden zu verteidigen.“

Wir können die Regierung nur aufs neue ermahnen, alles zu tun, was geeignet ist, die Truppen und bewaffneten Bürger des Ostens vor irgendwelchen Unbedrohlichkeiten zurückzuführen. Wir wünschen sehr wohl die ungeheure Empörung der Deutschen in den besetzten Gebieten; nachdem aber die Volksmehrheit, dem Zwange der Gewalt gehorchend, sich für die Annahme der Ententebedingungen entschieden hat, würde eine lokale Aufbebung gegen die Ententeentscheidung die verhängnisvollsten Folgen für die Volksgemeinschaft nach sich ziehen.

Preußen und die Friedensfrage.

Die Kabinettskrise.

Die Frage, ob auch das preussische Kabinett zurücktreten wird, ist noch immer ungelöst. Auf jeden Fall wird die Zusammensetzung des Ministeriums einige Veränderungen erfahren. Wie das Berliner Tageblatt dort, soll auch der Ministerpräsident Fick von seinem Amte zurücktreten. Die Entscheidung wird voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages fallen. Die Landesversammlung tritt am Mittwoch zu einer Verpfändung der Friedensfrage zusammen. Die einzelnen Fraktionen haben sich bereits mit der Angelegenheit befaßt. Wie in